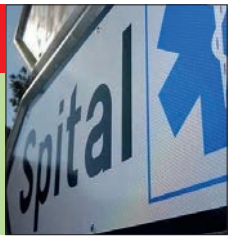
BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • November • Nr. 4–2016

Nein zur Spitalstandortinitiative 3

Die bernische SVP sagt Ja zur Versorgung im ländlichen Raum, aber Nein zur Initiative. Warum das so ist, lesen Sie auf Seite 3



Nein zur Atomausstiegsinitiative 4

Zu welchen massiven Problemen der gefährliche und ungeplante Sofortausstieg aus der Kernenergie führen würde lesen Sie auf Seite 4

AZB 3000 Bern 25

NEIN zu zusätzlichen 105 Millionen für Asylbewerber!

Unterschriftenbogen beachten!

Insuffler l'esprit d'entreprise à la politique de la santé et du social

Pierre Alain Schnegg, conseiller d'Etat, Champoz

La politique sanitaire et sociale du canton de Berne doit mieux s'orienter vers les principes entrepreneuriaux. Il faut renforcer la responsabilité propre, éliminer les prescriptions inutiles, mieux utiliser les outils de gestion modernes, recourir de manière cohérente à des critères de qualité crédibles et recentrer l'Etat sur sa mission essentielle. C'est le seul moyen de fournir des prestations de qualité et de freiner la forte hausse des coûts.

Le système de soins dans notre canton se caractérise par des solutions éparses proposées par des acteurs et fournisseurs de prestations divers. Les besoins des patients ne sont pas assez pris en compte. On peut y remédier par une nouvelle approche : coopérer plutôt que concourir et se baser sur des critères de qualité crédibles. Le canton de Berne possède une législation moderne et appropriée dans le domaine de la santé, bien que certains secteurs requièrent une amélioration.

Renforcer l'utilisation de l'informatique recèle un fort potentiel. Il faut instaurer le système du dossier électronique de patient dans l'ensemble du canton pour tous les domaines de soins et l'utiliser systématiquement. Il faut également mieux utiliser l'informatique afin d'obtenir des données utilisables pour la gestion. Tous les éléments de la santé doivent passer au 21e siècle.

En ce qui concerne les soins hospitaliers, il faut abandonner le dogme de la centralisation. Cela d'autant plus que les petits établissements travaillent souvent à meilleur marché que les grandes unités centralisées. Ils sont aussi plus proches des patients, ce qui gagne en importance vu le vieillissement de la société.

Il est important que chaque hôpital puisse travailler selon ses atouts dans son domaine : les établissements périphériques fournissent les soins de base, les hôpitaux centraux les soins étendus et l'hôpital universitaire la médecine de pointe. L'avenir est réservé aux hôpitaux axés avec cohérence sur les besoins des patients.

La politique sociale est également victime d'erreurs. Il

STAND

Die schöne smarte Zukunft

Die digitale Revolution von smart grids bis smart city verspricht uns eine wunderbare Zukunft mit weniger Ressourcenverbrauch ohne Wohlstandsverlust. Das erinnert ein bisschen an die Versprechen von Wunderdiäten, quasi von 100 auf 0 mit Genuss.

Die effiziente Energienutzung mit smart grids und smart technology soll die Kernenergie unnötig machen. Klingt schön, vor allem sehr intelligent, so in Englisch verpackt. Konkret bedeutet es aber, dass künftig nicht ich, sondern das Smart-Home-Programm entscheidet, wann Waschmaschine und Geschirrspüler zu laufen haben, welche Helligkeit mein Bildschirm hat und wie warm oder kühl es zu Hause ist. Von dort dürfte es dann nicht mehr weit sein zur Einsicht, dass eine von Maschinen regierte Welt am effizientesten funktioniert.

Da beruhigt es mich, dass die digitale Revolution vorläufig noch nicht einmal bei der Festlegung der Terminpläne so richtig überzeugt. Erst beim Eintragen in einen Papierkalender werden Feiertage und Terminkollisionen so augenfällig, dass man sie bemerkt.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

arrive trop souvent qu'il ne vaut pas la peine de travailler. Il faut par conséquent réduire certains montants de l'aide sociale matérielle. Les institutions, qui n'ont souvent pas d'objectifs clairs, sont trop peu incitées à encourager leur clientèle à trouver une activité lucrative. Une meilleure implication de l'économie est nécessaire,

La législation du domaine social doit recourir plus fréquemment aux principes entrepreneuriaux et simplifier ses règles. Il est nécessaire de renforcer la responsabilité propre et de démanteler la bureaucratie. Il faut questionner les exigences qualitatives en vigueur. Les changements nécessaires seront apportés dans un système non bureaucratique, qui allège les charges administratives. Il est urgent de pousser les gens à accomplir une formation ou à accepter un travail et de mettre en place des sanctions sensibles en cas de mauvaise volonté et d'échec. Cela vaut en particulier pour les migrants, venus en Suisse comme requérants d'asile et vivant en grande partie de l'aide sociale.

Le canton de Berne doit se concentrer sur ses tâches essentielles pour maîtriser les enjeux majeurs de la politique sociale. Distribuer des subventions à tout va est cher et ne permet pas d'atteindre les objectifs. Les paiements du canton sont à lier à des buts précis, avec des conséquences non négligeables en cas d'échec.

Pierre Alain Schnegg

Unternehmerische Grundsätze in der Gesundheits- und Sozialpolitik nötig

Die Gesundheits- und Sozialpolitik im Kanton Bern muss sich vermehrt nach unternehmerischen Grundsätzen ausrichten. Es braucht eine Stärkung der Eigenverantwortung, einen Abbau unnötiger Vorschriften, eine verstärkte Nutzung moderner Führungsinstrumente, eine konsequente Ausrichtung auf glaubwürdige Qualitätskriterien und eine Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben. Nur mit solchen Anreizen können qualitativ hochstehende Leistungen erbracht und die starke Kostenentwicklung eingedämmt werden.

Die Gesundheitsversorgung im Kanton Bern ist oft geprägt durch Einzellösungen verschiedener Akteure und Leistungserbringer. Den Bedürfnissen der Patienten wird heute nicht genügend Bedeutung beigemessen. Dies ist mit einem neuen Ansatz zu ändern: Es braucht Kooperation statt Kompetition und eine Ausrichtung auf glaubwürdige Qualitätskriterien. Grundsätzlich verfügt der Kanton über eine moderne und taugliche Gesetzgebung im Gesundheitsbereich, wobei in gewissen Bereichen eine Optimierung anzustreben ist.

So besteht ein grosses Potenzial im verstärkten Einsatz der Informatik. Das elektronische Patientendossier ist in allen Versorgungsbereichen flächendeckend einzuführen und konsequent zu nutzen. Weiter ist die IT verstärkt für die Bereitstellung brauchbarer Führungskennzahlen einzusetzen. Die Gesundheitsversorgung muss in allen Teilen im 21. Jahrhundert ankommen.

In der Spitalversorgung braucht es eine Abkehr vom Dogma der Zentralisierung. Denn oftmals arbeiten kleine Spitäler kostengünstiger als grosse, zentralisierte Einheiten. Ausserdem sind kleine Spitäler näher am Puls der Patienten, was gerade angesichts der Alterung der Gesellschaft von zunehmender Bedeutung ist.

Wichtig ist, dass jedes Spital in seinem Bereich gemäss seinen Stärken tätig ist: Die Grundversorgung muss in Landspitälern erbracht werden, die erweiterte Grundversorgung in Zentrumsspitälern und die Spitzenmedizin am Unispital. So haben alle Spitäler, die sich konsequent nach den Bedürfnissen der Patienten ausrichten, eine Zukunft.

Ebenso leidet auch die Sozialpolitik unter falschen Anreizen. Zu oft lohnt sich eine Erwerbstätigkeit nicht. Entsprechend sind gewisse Beträge der wirtschaftlichen Sozialhilfe nach unten zu korrigieren. Doch auch für die Institutionen der Sozialhilfe bestehen zu wenige Anreize und kaum klare Ziele, ihre Klienten erfolgreich zu einer Erwerbstätigkeit zu führen. Nötig ist dabei ein stärkerer Einbezug der Wirtschaft.

Die Gesetzgebung im Sozialbereich muss sich vermehrt an unternehmerischen Grundsätzen und einer Vereinfachung der Regeln orientieren. Notwendig sind die Stärkung der Eigenverantwortung und ein Bürokratieabbau. Auch im Sozialbereich müssen die bestehenden Qualitätsanforderungen hinterfragt werden.

Die notwendigen Veränderungen haben in einem unbürokratischen System zu erfolgen, das die administrativen Belastungen mindert. Dringend nötig sind erhöhter Druck, eine Ausbildung zu absolvieren oder eine Erwerbstätigkeit anzunehmen, sowie spürbare Sanktionen im Fall von fehlendem Willen und Erfolg. Dies gilt im besonderen Mass für Migranten, die als Asylsuchende in die Schweiz eingewandert sind und heute zu einem grossen Teil von der Sozialhilfe leben.

Um die grossen Herausforderungen in der Sozialpolitik zu meistern, muss sich der Kanton Bern auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Giesskannensubventionen sind teuer und nicht zielführend. Wenn der Kanton etwas bezahlt, sind damit klare Ziele zu verbinden, und bei Misserfolg sind spürbare Konsequenzen zu ziehen.

NEIN zur Spitalstandortinitiative!

Mathias Müller, Grossrat, Orvin

Der Wunsch nach einer möglichst umfassenden, qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung ist zwar verständlich. Die Initiative würde diese aber gefährden. Sie verpflichtet den Kanton, an 14 fixen Standorten Spitäler zu betreiben und die 2013 bzw. 2015 geschlossenen Geburtenabteilungen von Riggisberg und Zweisimmen wieder zu eröffnen. Zudem werden die Leistungen der Spitäler diktiert, egal, ob diese effektiv benötigt werden, ob sie wirtschaftlich sind oder ob die Qualität sichergestellt werden kann. Schliesslich fordert die Initiative ein achtjähriges Moratorium, d.h. ein Fortschrittsverbot.
Die wichtigsten Argumente gegen die Initiative sind:

1. Staatlicher Zwang
Die Initiative zwingt die Spitäler während acht Jahren in ein enges Korsett, während sich die Privatspitäler frei entwickeln und den raschen Fortschritt nutzen können. Diese staatliche Knebelung stärkt die regionalen Spitäler nicht, im Gegenteil!

2. Mangel an Fachkräften
Die verlangte flächendeckende Leistungspalette bedingt viele Fachkräfte. Für die Geburtenabteilung Riggisberg müsste ein Hebammendienst während 24 Stunden und 365 Tagen geleistet werden. Gleichzeitig müsste stets ein Arzt innert einer Viertelstunde vor Ort sein können. Zur Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit braucht es vier Ärzte – und das bei zwei Geburten wöchentlich wie in Riggisberg! Für den kostenneutralen Betrieb einer Geburtenabteilung bräuchte es 500 Geburten jährlich.

3. Qualitätsverlust
Eine hohe Spitaldichte bedeutet noch keine gute Gesundheitsversorgung: je kleiner die Fallzahlen, desto geringer i.d.R. die Qualität. Hochkomplexe Eingriffe erfordern viel Erfahrung. Weiter braucht es gemäss dem bekannten Schweizer Prof. Dr. Thomas Cerny in der Akutmedizin mindestens 200, besser 500 Betten an einem Standort, sonst sinkt die Qualität und gibt es mehr Komplikationen. Die Initiative nimmt also bewusst einen Verlust der Qualität in Kauf.

4. Kosten
Der Zwang zur Wiedereröffnung der Geburtenabteilungen führt zu Mehrkosten von mehreren Millionen. Zudem schafft die Initiative einen Rechtsanspruch auf Finanzierung der von ihr genannten Angebote. Entsprechen diese den Bundesvorgaben nicht, muss der Kanton sie alleine finanzieren!

Das liberalere Spitalwesen, das wir nach jahrelangem Einsatz durchsetzen konnten, dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Bern braucht eine Gesundheitsstrategie ohne Zementierung über Jahre. Die Initiative will hingegen das Rad zurückdrehen. Lehnen Sie sie ab, sie fördert den staatlichen Zwang, verhindert den Fortschritt, schränkt die Qualität der Gesundheitsversorgung ein, ist personell nicht machbar und birgt das Risiko einer Kostenexplosion.

Mathias Müller

Abstimmungsparole zum 27. November 2016

Spitalstandortinitiative: **NEIN** (mit 177 Stimmen bei 118 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen)

Non à l'initiative sur les sites hospitaliers

Tout le monde souhaite des soins de santé de qualité et de large portée, mais si cette initiative est adoptée, tout ça sera en danger. L'initiative contraint le canton de Berne à poursuivre l'exploitation de 14 sites hospitaliers fixes et impose les prestations à fournir. Et peu importe que ces prestations soient nécessaires ou non, qu'ils soient rentables, que le niveau de qualité nécessaire soit garanti. En plus, l'initiative exige la réouverture des deux maternités de Riggisberg fermée en 2013 et de Zweisimmen fermée en 2015, et impose un moratoire de huit ans qui équivaudrait à interdire toute modernisation.
Quatre arguments de poids parlent contre cette initiative:

1. La contrainte étatique
Si l'initiative est adoptée, les hôpitaux œuvreront dans un cadre rigide. Alors que les hôpitaux privés se développeront et profiteront des progrès, les autres hôpitaux stagneront. Cela ne renforce pas la position des hôpitaux régionaux !

2. Pénurie de personnel qualifié
Où allons-nous trouver le personnel qualifié nécessaire pour fournir les prestations exigées par l'initiative ? Le maintien d'une maternité p.ex. signifie un service de sages-femmes 24/24 heures et 365 jours par an. En outre un médecin doit pouvoir être sur place dans le quart d'heure qui suit l'appel à ses services. Pour assurer une présence fiable, il faut au moins quatre médecins : à Riggisberg, il y avait deux naissances par semaine !

3. Perte de qualité
C'est un leurre de croire qu'une haute densité en sites hospitaliers équivaut à de bons soins de santé. Moins il y a de cas à soigner, moins bonne est la qualité. La grande complexité des opérations exige une grande expérience. Un site hospitalier doit avoir au moins 200 lits pour pouvoir garantir des soins de qualité. Voter Oui à cette initiative, c'est accepter une perte de la qualité.

4. Coûts
Rouvrir les deux maternités engendrerait des coûts supplémentaires se chiffrant en millions. A ceci s'ajoute que l'initiative crée un droit au financement des offres qu'elle mentionne. Et si les offres ne répondent pas aux directives fédérales, le canton doit les financer soi-même. Un risque énorme !

Nous avons réussi à imposer un système hospitalier libéral. En adoptant cette initiative, nous ferions marche arrière. Nous ne devons pas mettre en jeu ce que nous avons réussi à atteindre. Rejetez donc clairement cette initiative !

NEIN zur extremen und gefährlichen Atomausstiegsinitiative!

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Nein zum chaotischen Sofortausstieg
Für die drei Kernkraftwerke Beznau I, Beznau II und Mühleberg wäre wenige Monate nach Annahme der Initiative Schluss. Doch ein Kernkraftwerk lässt sich nicht so einfach abschalten! Dies zeigt das aktuelle Beispiel des KKW Mühleberg. Die Stilllegung eines KKW bedarf einer hochkomplexen Planung. Die sicherheitstechnische Prüfung durch die Behörden, das Ausstellen der Stilllegungsverfügung und allfällige Rechtsmittelverfahren brauchen weitere vier Jahre. Es ist deshalb schlicht unmöglich, dass die Axpo für Beznau I und II innerhalb weniger Monate diese hochkomplexe Planung bewerkstelligen kann.

Nein zu weniger Versorgungssicherheit
Heute hat die Schweiz eine sichere Stromversorgung. Für die Wirtschaft und die Haushalte ist dies existenziell und für unser Land ein zentraler Standortvorteil. Bei einem Ja zur Initiative würden in der Schweiz bereits im Winter des nächsten Jahres mehr als 15% der Stromproduktion wegfallen, der Strom für weit über zwei Millionen Vier-Personen-Haushalte würde fehlen. Bis 2029 wären es gar rund 40% oder ca. so viel, wie sämtliche Haushalte in der Schweiz verbrauchen. Im Winter decken die KKW gar oft die Hälfte des Schweizer Strombedarfs.

Nein zu mehr Auslandabhängigkeit
Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie können die notwendigen Ersatzkapazitäten mit neuen erneuerbaren Energien und Speichermöglichkeiten nicht bereitgestellt werden. Entweder die Schweiz betreibt eigene fossile Kraftwerke im Inland oder bezieht den Strom aus dem Ausland. Da davon auszugehen ist, dass der Bau fossiler Kraftwerke in der Schweiz am Widerstand scheitern wird, wäre der Import grosser Strommengen die einzige Möglichkeit. Massiv mehr Stromimporte sind für unser Stromnetz indes nicht verkraftbar. Der Ausbau der Stromnetze wird just auch von jenen Kreisen mit Einsprachen blockiert, die an vorderster Front für diese Initiative kämpfen. Auch und insbesondere aus ökologischer Sicht sind Stromimporte jedoch abzulehnen: Am meisten Strom exportiert Deutschland, und dieser stammt zu über 50% aus Gas-, Braun- und Steinkohlekraftwerken.

Nein zu unnötigen Kosten in Milliardenhöhe
Heute können KKW in der Schweiz so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Müssen die Betreiber die Werke aus politischen Gründen vorzeitig abstellen, drohen Entschädigungsforderungen. Jahrelange, teure Prozesse sowie Kosten in Milliardenhöhe sind damit vorprogrammiert.

Albert Rösti

Referendum gegen das Energiegesetz

Das neue Energiegesetz muss verhindert werden, denn die Folgen wären verheerend:

- Die Umsetzung des Gesetzes würde rund 200 Milliarden Franken kosten
- Die Versorgungssicherheit wäre geschwächt, es käme vermehrt zu Stromausfällen
- Die Schweiz müsste mehr Strom aus dem Ausland importieren
- Die Stromversorger könnten den Haushalten vorschreiben, wann sie Waschen und Staubsaugen dürfen
- Ab 2029 wären Ölheizungen verboten
- Arbeitsplätze und der Wohlstand wären gefährdet

Unterstützen auch Sie das Referendum! Unterschriftenbogen können auf dem Parteisekretariat, Optingenstrasse 1, 3013 Bern, resp. sekretariat@svp-bern.ch bezogen werden.

Abstimmungsparole zum 27. November 2016

Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»:

NEIN (mit grossem Mehr bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Démesurée et dangereuse – NON à l'initiative « Sortir du nucléaire! »

Non à une sortie immédiate et chaotique du nucléaire
Pour les trois centrales nucléaires Beznau I, Beznau II et Mühleberg, ce serait rideau seulement quelques mois après l'adoption de cette initiative. Mais une centrale nucléaire ne peut pas s'arrêter comme on éteint la lumière dans son salon mais exige une planification fort complexe. Les autorités doivent procéder au contrôle de sécurité technique, la décision de désaffectation doit être délivrée et il faut compter quatre ans pour régler d'éventuelles procédures de recours. Il est impossible pour l'entreprise énergétique Axpo de réaliser cette planification d'arrêter Beznau I et II d'ici quelques mois.

Non à une diminution de la sécurité d'approvisionnement
La Suisse a actuellement un bon approvisionnement en courant électrique. Un Oui à l'initiative aurait pour conséquence que la Suisse produirait 15% de moins de courant dès l'année prochaine en hiver. Et donc, plus de deux millions de ménages de quatre personnes seraient sans courant. Jusqu'en 2029, ce serait même 40% en moins, soit la consommation de tous les ménages en Suisse.

Non à plus de dépendance de l'étranger
Dans le cas d'une sortie du nucléaire, nous ne disposons pas d'installations de remplacement pour les énergies renouvelables et le stockage. Soit que la Suisse construit et exploite des centrales à énergie fossile chez elle, soit qu'elle importe son courant. Comme la construction de centrales à énergie fossile rencontrerait une forte résistance locale, l'importation de grandes quantités de courant reste la seule possibilité. Mais le problème est que notre réseau électrique n'a pas les capacités suffisantes pour importer plus de courant. Aussi et en particulier du point de vue écologique, l'importation de courant doit être rejetée car celui-ci provient souvent des centrales à gaz, à charbon, au lignite.

Non à coûts inutiles se chiffrant par milliards
Aujourd'hui, nous pouvons exploiter des centrales nucléaires pour autant qu'elles soient sûres. Si les exploitants doivent arrêter la production pour des raisons politiques, les demandes d'indemnités afflueront. Ce qui nous attend, ce sont de longs procès dispendieux et aussi des coûts se chiffrant par milliards.

Zurück zu einer vernünftigen Asylpolitik – NEIN zu zusätzlichen 105 Millionen für Asylbewerber!

Der Bund bezahlt dem Kanton Bern bereits jetzt 181 Mio. Franken zur Deckung der kantonalen Aufwendungen bei der Unterbringung und Betreuung der Personen im Asylbereich. Der Kanton Bern setzt aber auf eine weit teurere Luxuslösung, weshalb der Grosse Rat in der Septembersession zusätzliche 105 Mio. für Asylsozialhilfe sprach. Die SVP-Grossratsfraktion hat vergeblich versucht, diesen Kredit zu verhindern, weshalb nun das Referendum gegen diesen Kredit lanciert worden ist. Es ist dringend notwendig, dass der Kanton Bern und auch die Schweiz zu einer vernünftigen Asylpolitik zurückfinden.

Die SVP steht zur humanitären Tradition der Schweiz im Flüchtlingswesen. Sie setzt sich aber auch dafür ein, dass Missstände im Asylbereich konsequent angegangen werden. Ein solcher Missstand betrifft die enormen Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden: Der Bund bezahlt dem Kanton Bern dafür 181 Mio. Franken pro Jahr. Dieser grosszügige Betrag sollte eigentlich kostendeckend sein.

Der Kanton Bern verfolgt jedoch keine Strategie kostengünstiger Lösungen, sondern bietet teure Luxuslösungen an mit dem Resultat, dass der Grosse Rat einen Kredit über 105 Mio. für die Asylsozialhilfe sprach, weil die 181 Mio. nicht ausreichen. Die SVP-Grossratsfraktion wehrte sich vergeblich gegen diesen Kredit. Mit über 5‘000 Fr. pro Person und Monat besonders hoch sind im Kanton Bern die Kosten für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, wobei der Kanton die Altersangaben dieser Personen nicht einmal nachprüft. Auch ist er nicht bereit, Vergleichszahlen aus anderen Kantonen zu liefern. Vielmehr wird die vermeintliche Lösung darin gesucht, Gemeinden zur Aufnahme Asylsuchender zu zwingen.

Der Kanton Bern und auch die Schweiz müssen dringend zu einer vernünftigen Asylpolitik zurückfinden. Die SVP-Sicherheitskommission und die JSVP des Kantons Bern haben deshalb das Referendum gegen den 105 Mio. Franken teuren Kredit für die Asylsozialhilfe ergriffen, um auf kantonaler Ebene einen Lösungsbeitrag zu leisten. Das Referendum wird von der SVP Kanton Bern unterstützt.

NEIN zu zusätzlichen 105 Millionen für Asylbewerber!

Unterschreiben Sie den beigelegten Unterschriftenbogen und schicken Sie ihn noch heute zurück!

Herzlichen Dank!

Revenir à une politique raisonnable de l’asile – NON à 105 millions supplémentaires pour les requérants d’asile

Aujourd’hui, le canton de Berne reçoit 181 millions de francs par an de la Confédération pour couvrir ses frais en matière d’hébergement et d’encadrement des requérants d’asile. Mais comme le canton de Berne applique la solution ‘grand luxe’ nettement plus onéreuse, le Grand Conseil a octroyé à sa session d’automne un crédit supplémentaire de 105 millions à l’aide sociale en matière d’asile. Un référendum contre ce supplément a été lancé.

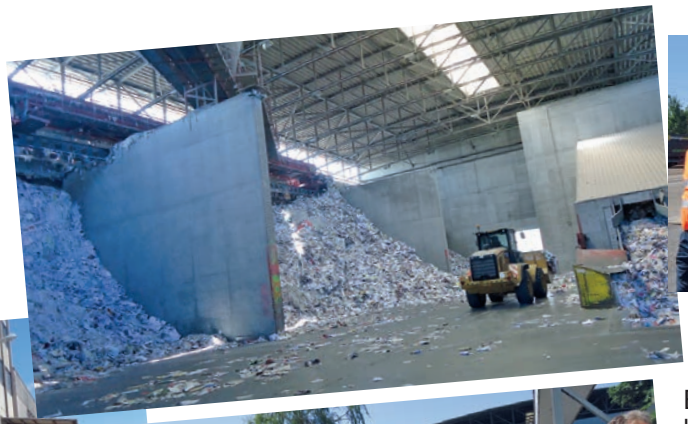
L’UDC soutient la longue tradition humanitaire de la Suisse en matière de réfugiés. Mais elle s’engage aussi systématiquement contre les abus dans le secteur de l’asile. Sans nul doute, les coûts démesurés pour l’hébergement et l’encadrement des requérants d’asile sont abusifs : le canton de Berne reçoit de la Confédération 181 millions de francs par an, ce qui devrait suffire à couvrir les frais d’hébergement et d’encadrement. Mais comme le canton de Berne ne choisit pas les solutions meilleur marché et offre des solutions luxueuses et onéreuses, le Grand Conseil a accordé une rallonge de 105 millions à l’aide sociale en matière d’asile à sa session d’automne. Le groupe UDC du Grand Conseil a essayé en vain de bloquer ce crédit.

Les coûts d’hébergement des requérants d’asile mineurs non accompagnés sont particulièrement élevés dans le canton de Berne puisqu’ils atteignent 5'000 francs par mois et par personne. Et cerise sur le gâteau, non seulement le canton ne contrôle pas l’année de naissance de ces requérants d’asile, mais il n’est nullement disposé à fournir des chiffres comparatifs avec d’autres cantons. Par contre, il cherche à résoudre le problème en contraignant les communes à accueillir des requérants d’asile.

Il est urgent que le canton de Berne, mais aussi la Suisse, reviennent à une politique raisonnable de l’asile. La commission de la sécurité UDC et les JUDC du canton de Berne ont lancé le référendum contre le crédit dispendieux de 105 millions pour l’aide sociale en matière d’asile pour apporter une solution au niveau cantonal.

Impressionen vom Fraktionsausflug der SV

Der Fraktionsausflug führte die SVP-Grossratsfraktion dieses Jahr ins untere Emmental nach Utzenstorf und Burgdorf.



Erste Station der Reise war eine hochinteressante Führung in der Papierfabrik Utzenstorf, bei welcher es viel zu lernen gab über die Papierherstellung bis zum Recycling. Im Anschluss erfuhren die Gäste mehr über die Unternehmersorgen der Region und die Wünsche an die Politik.

SVP-Kaderleute der kantonalen Verwaltung, Nationalratsmitglieder und ehemalige Mandatsträger nutzten die Gelegenheit zu angeregten Gesprächen mit der Grossratsfraktion.

P-Grossratsfraktion ins untere Emmental

Ein Zwischenhalt wurde bei der Kummer Getränke AG eingelegt. Inhaber und Grossrat Hugo Kummer offerierte das Apéro, das aufgrund des schönen und warmen Wetters sehr willkommen war.

Das Kulturelle kam ebenfalls nicht zu kurz, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten das Schloss Landshut besichtigen.

Abgeschlossen wurde der Ausflug beim Nachtessen im Restaurant Sommerhaus in Burgdorf, wo dank eines Überraschungsauftritts von Oppliger Rüedu von Zäziwil auch noch die Lachmuskeln intensiv trainiert wurden.

Rückblick auf die Septembersession 2016

Vom 5. bis 13. September fand bereits die zweite Grossratssession statt, welche die SVP-Fraktion unter neuer Leitung bestritt. Zur Diskussion standen erneut wichtige Geschäfte, die auch in den Medien grosse Beachtung fanden.

Im Interesse des Wirtschaftstandortes Kanton Bern und daher auch mit der Zustimmung der SVP wurden zwei Kredite für archäologische Rettungsgrabungen im Kallnachwald und auf dem Agglolac-Gelände in Nidau angenommen und damit die Grundsteine gelegt für ein Kiesabbauprojekt respektive eine Wohnüberbauung. Ebenfalls fiel die Beratung des Wassernutzungsgesetzes im Sinne der SVP aus und wurden zwei wichtige Kredite für die dringend notwendigen Verkehrssanierungen im Emmental und Oberaargau angenommen. Zudem gelang es, den Kredit für Transitplätze für ausländische Fahrende zurückzuweisen und somit überrissene Millionenausgaben zu verhindern.

Ja sagte der Grosse Rat weiter zu einer Standesinitiative aus den Reihen der SVP, die eine Lockerung des starren Moorschutzes für erneuerbare Energie fordert. Schliesslich wurden mit Roger Zuber und Nicole Fankhauser zwei SVP-Kandidierende als Regionalrichter/in gewählt.

Leider nicht verhindert werden konnte hingegen ein 105-Millionen-Kredit für Asylsozialhilfe. Die Sicherheitskommission der SVP beschloss daraufhin, gemeinsam mit der JSVP das Referendum gegen diesen Kredit zu ergreifen *(siehe dazu die Ausführungen auf S.5 dieser Ausgabe und den beigelegten Unterschriftenbogen).*

Ausblick Novembersession: Gewichtige Geschäfte
Wie immer wird die Novembersession besonders reich befrachtet sein. Insbesondere werden wichtige finanzpolitische Geschäfte zu beraten sein: Nebst dem Voranschlag und Aufgaben-/Finanzplan wird über die Steuerstrategie befunden. Weitere wichtige Geschäfte sind u.a. die Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und der Richtplan 2030.

Endlich: Nennung der Nationalitäten von Straftätern

Nachdem bisherige Versuche gescheitert waren, ist es dank der Annahme eines Vorstosses von **Andrea Gschwend-Pieren** nun endlich gelungen: Auch im Kanton Bern muss künftig bei Medienorientierungen über Straftaten unter den Angaben zu den Tatverdächtigen und Opfern neben dem Alter auch die Nationalität genannt werden. Der Regierungsrat empfahl die Motion zur Ablehnung, obwohl auch die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten KKPKS dies schon lange empfiehlt. Mit dem Vorstoss entsteht nun auch in diesem wichtigen Bereich Transparenz. Die linken Parteien, die sonst immer Transparenz fordern, wenn es etwa um die Parteienfinanzierung geht, sowie die Mitte-Parteien glp, EVP und eine Mehrheit der BDP hatten die Motion mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt.

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN
Kehrli Bedachungen AG
STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN
Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 40 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

Christof Scheurer neuer stv. Generalstaatsanwalt

In der Septembersession wurde Christof Scheurer glanzvoll als neuer stellvertretender Generalstaatsanwalt gewählt, er tritt das Amt am 1. Januar 2017 an.

Der bisherige Staatsanwalt ist einer breiten Öffentlichkeit bestens bekannt aufgrund seiner stets kompetenten Medienauftritte als Informationsbeauftragter der Staatsanwaltschaft.
Dank dieser Wahl wird die SVP auch nach dem Rücktritt von Generalstaatsanwalt Rolf Grädel in der Leitung der Staatsanwaltschaft vertreten sein.

Die SVP Kanton Bern wünscht Christof Scheurer schon jetzt viel Erfolg und Freude im neuen Amt und gratuliert herzlich zur Wahl.

Eindrücke vom Polit-Shopping-Apéro der SVP Frauen in Murten

Im September luden die SVP Frauen Kanton Bern zu einem Event in der Crêperie La Chaloupe am Murtensee. Ein reichhaltiges Buffet, die aktuellsten Informationen aus der Politik und Stände mit interessanten Produkten erwartete die Frauen. Es bot sich auch Gelegenheit zum Gespräch mit den ebenfalls eingeladenen SVP Frauen des Kantons Freiburg. Der Austausch über die Kantonsgrenzen hinweg erwies sich als fruchtbar für beide Seiten.

Weiter Daumen drücken für unsere Frauen!

Die SVP Frauen waren bei etlichen Gemeindewahlen vom Herbst 2016 erfolgreich. Erwähnt werden soll an dieser Stelle das absolute Spitzenresultat von Sandra Schneider, die bei den Stadtratswahlen von Biel das beste Resultat aller Kandidierenden erreichte. Herzliche Gratulation! Wir gratulieren auch den weiteren neu- und wiedergewählten Kandidatinnen und danken allen SVP Frauen, die als Kandidatin oder als Parteimitglied mit ihrem Einsatz zu den erfolgreichen Wahlen beigetragen haben.

Im November stehen etliche weitere Wahlgänge an und die SVP Frauen Kanton Bern hoffen auf weitere Erfolge. Am 6. November heisst es insbesondere Daumen drücken für Jolanda Brunner und Isabel Glauser. In Spiez kandidiert die ehemalige Präsidentin der SVP Frauen Kanton Bern und bisherige Vizegemeindepräsidentin als Gemeindepräsidentin von Spiez und in Thierachern ist es Gemeinderätin Isabel Glauser, welche ebenfalls für das Gemeindepräsidium kandidiert! Beide Frauen haben gute Chancen auf eine Wahl.

Berücksichtigen Sie bei den Stadtratswahlen die Liste 11 der SVP!

Gemeinderats- und Stadtratswahlen 27. November 2016 www.svp-stadt-bern.ch

SVP UDC

ERICH HESS

IN DEN GEMEINDERAT

SCHLUSS MIT ROT-GRÜN

Mit Erich Hess wählen Sie eine erfahrene Persönlichkeit mit klaren Positionen. Füllen Sie den Wahlzettel gemäss untenstehendem Beispiel aus – so geben Sie der SVP und Erich Hess am meisten Stimmkraft.

SVP UDC

www.erichhess.ch

Herzlichen Dank, Gerhard Burri und Markus Grossenbacher!

An der DV vom 19. Oktober konnte die SVP Kanton Bern die Leistung von zwei hochverdienten SVP-Politikern verdanken: Markus Grossenbacher und Gerhard Burri sind nach langjähriger Tätigkeit als Regierungsstatthalter zurückgetreten.

Markus Grossenbacher aus Dürrenroth, verheiratet, Vater dreier Kinder und mehrfacher Grossvater, wurde 1997 zum Regierungsstatthalter des damaligen Amtsbezirks Trachselwald gewählt. Am 1. Januar 2010 wurde er (nach stiller Wahl – SVP-Qualität überzeugt!) Regierungsstatthalter des neuen Verwaltungskreises Emmental und war ab diesem Zeitpunkt verantwortlich für über 94‘000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie 40 Gemeinden. Grossereignisse während seiner Tätigkeit waren der Sturm Lothar im Jahr 1999, weitere grosse Unwetter in den Jahren 2003, 2005 und 2007 sowie das verheerende Unwetter in Schangnau von 2014. Bei solchen Ereignissen ist ein Statthalter jeweils sehr gefordert, damit er die richtige Massnahme zur richtigen Zeit einleitet. Markus Grossenbacher gelang dies stets. Ein Zitat aus einem Interview illustriert seine Art der Amtsführung treffend: «Mir liegt das Dienen wesentlich näher als das Herrschen». Markus Grossenbacher war also nicht seine persönliche Amtswürde, sondern das Wohl des Volks wichtig.

Nicht anders ist dies bei **Gerhard Burri**, wohnhaft in Aarberg und Vater zweier Söhne. Bereits 1984 wurde er zum Regierungsstatthalter des damaligen Amtsbezirks Aarberg gewählt. Er trat, ebenfalls nach stiller Wahl, am 1. Januar 2010 das Amt als Regierungsstatthalter des neuen Verwaltungskreises Seeland an und war ab diesem Zeitpunkt verantwortlich für 42 Gemeinden und 72'000 Einwohner. Gerhard Burri war mit 32 Amtsjahren der dienstälteste Regierungsstatthalter im Kanton Bern.
Prägende Ereignisse in seiner Amtszeit waren der Helikopterabsturz auf die Kirche von Lyss 1992, einige Grossbrände wie bspw. der Brand in Kallnach 2005 oder die Überschwemmungen im Seeland 2005 und 2007. Unvergesslich war auch der Besuch des französischen Ministers Hervé Morin in Aarberg. Auch Gerhard Burri schuf sich in 32 Jahren einen sehr guten Namen als Bezugsperson und Ansprechperson für Gemeinden und Vereine. Aus einem Interviewzitat wird deutlich, dass er eine sehr ähnliche Einstellung hat wie Markus Grossenbacher: «Ich hatte einfach meine Aufgabe zu erfüllen und empfand mich nie als mächtig. Das Amt habe ich bestimmt nicht aus Machtlust angenommen.» Ein richtiger Diener des Volks, wie dies ein Politiker auch sein sollte!

Die SVP Kanton Bern dankt Gerhard Burri und Markus Grossenbacher herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht ihnen nur das Beste für die Zukunft.

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

Gemeindewahlen 2016 – SVP weiterhin auf Erfolgskurs

Die bisherigen Gemeindewahlen diesen Herbst verliefen erfreulich. Vielerorts konnte die SVP ihre Position behaupten oder gar ausbauen, sogar in Städten und Agglomerationsgebieten.

Speziell hervorzuheben ist die Wahl von Benjamin Marti zum neuen Gemeindepräsidenten von Belp. Nach zwölf Jahren SP-Herrschaft ist das Gemeindepräsidium nun wieder in SVP-Hand.
Ausserordentlich erfreulich waren auch die Wahlen von Sutz: Die neu gegründete SVP-Sektion trat zum ersten Mal zu den Wahlen an und erreichte auf Anhieb einen Sitz! Urs Lüthi vertritt dort die SVP neu im Gemeinderat.

Stark in Stadt und Agglo
Hervorragend ist das Resultat in der Stadt Biel, wo Gemeinderat Beat Feurer das beste Ergebnis aller Gemeinderatskandidaten erreichte. Bestgewählte Parlamentarierin ist Sandra Schneider. Zudem legte die SVP im Stadtrat um zwei Sitze zu. In Huttwil gewann SVP-Mann Marcel Sommer am meisten Stimmen und konnte die SVP den Wähleranteil um 6.9% erhöhen, was zu einem zusätzlichen Sitz führte. In Ostermundigen erreichte Aliki Panayides das beste Resultat im Gemeinderat, wo die SVP neu sogar wählerstärkste Partei ist, und das in einer Gemeinde, in welcher die SP einst die absolute Mehrheit hatte. An Wähleranteil zugelegt hat die SVP auch in Langenthal, obwohl sie dort nicht für das Stadtpräsidium antrat. Sie holte aber verdiente zwei Sitze im Gemeinderat.

Verankert und engagiert
Erfreulich ist auch das Resultat in Oberbipp, wo die SVP nach schwierigen Zeiten nun wieder vier statt bloss einen Gemeinderat hat und wo zudem die SVP-Kandidaten Thomas Beer, Roger Obi, Stephan Schnyder und André Schär die meisten Wählerstimmen erreichten. In vielen weiteren, kleineren Gemeinden lagen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP ebenfalls an der Spitze. Die SVP ist in etlichen Gemeinden die stärkste Partei und hat in einigen sogar die absolute Mehrheit. Wie engagiert und verankert die SVP ist, zeigt sich auch bei diversen stillen Wahlen, wo die SVP als einzige Partei überhaupt Kandidierende stellte.
Pech hatte die SVP leider in Aarberg, wo sie trotz Wähleranteilsgewinnen aufgrund der Listenverbindung der FDP und der BDP einen Sitz verlor. In wenigen Gemeinden kam es zudem zu einem Wähleranteilsverlust, was sich in Interlaken, Neuenegg und Oberburg leider auch in je einem Sitzverlust auswirkte.

Die SVP Kanton Bern gratuliert allen Wieder- und Neugewählten und dankt allen übrigen Kandidierenden und den Sektionen herzlich für den Einsatz, der die guten Resultate erst ermöglicht hat.

Ebenfalls drückt sie den Kandidierenden in denjenigen Gemeinden die Daumen, wo die Wahlen noch nicht stattgefunden haben. Die bislang durchgeführten Wahlen lassen auf jeden Fall hoffen!

Achtung Termin: Traditionelles SVP-Parteifest am Samstag, 11. Februar 2017!

Am 11. Februar 2017 von 10.30 bis 14.00 Uhr findet das grosse Parteifest der SVP Kanton Bern in der Mehrzweckhalle der Kaserne Bern statt.

Erneut haben Sie die Gelegenheit, einen prominenten SVP-Exponenten kennen zu lernen: Dieses Mal wird **Nationalrat und Unternehmer Andreas Glarner** aus dem Kanton Aargau auftreten. Nutzen Sie die Chance und erleben Sie den «politischen Überzeugungstäter», wie er sich selbst beschreibt, live!
Auch sonst wird wieder viel Parteiprominenz anwesend sein. Die beste Gelegenheit also, unsere Mandatsträger abseits der grossen Politbühne kennen zu lernen und mit ihnen Gespräche zu führen.
Selbstverständlich wird wieder für Gemütlichkeit und das leibliche Wohl gesorgt – Musik und eine Festwirtschaft gehören zum Programm! Und wie immer ist der Eintritt frei.

Wir freuen uns auf Sie!